

**19. Wahlperiode**

**Schriftliche Anfrage**

**des Abgeordneten Sebastian Czaja (FDP)**

vom 11. November 2022 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 15. November 2022)

zum Thema:

**Schließung Postbank und Post in Wannsee**

und **Antwort** vom 25. Nov. 2022 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 28. Nov. 2022)

Senatsverwaltung für Wirtschaft,  
Energie und Betriebe

Herrn Abgeordneten Sebastian Czaja (FDP)  
über  
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei – G Sen –

Antwort  
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19 / 13 932  
vom 11.11.2022  
über Schließung Postbank und Post in Wannsee

-----  
Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung des Abgeordneten:

Wie mir aus meinem Wahlkreis berichtet wird, sollen im November Postbank und Post im Ortsteil Wannsee schließen. Vor diesem Hintergrund frage ich den Senat:

- 1.) Ist dem Senat dieser Umstand bekannt?
- 2.) Falls zu 1.) „Ja“: Hat die Deutsche Post das Land Berlin informiert und wenn ja, wann hat sich die Deutsche Post mit dem Land Berlin ins Benehmen gesetzt?
- 3.) Falls zu 2.) „Ja“: Wie hat die Deutsche Post die Schließung begründet?
- 4.) Falls zu 2.) „Ja“: Hat die Deutsche Post einen adäquaten Ersatz angeboten?
- 5.) Falls zu 4.) „Nein“: Ist dem Senat die Post-Universaldienstleistungsverordnung (PUDLV) bekannt, wonach in Gemeinden mit mehr als 4.000 Einwohnern und Gemeinden, die gemäß landesplanerischen Vorgaben zentralörtliche Funktionen haben, grundsätzlich zu gewährleisten ist, dass in zusammenhängend bebauten Gebieten eine stationäre Einrichtung in maximal 2.000 Metern für die Kunden erreichbar ist, und welche Konsequenzen gedenkt er darauf zu ziehen?
- 6.) Falls zu 1.) „Nein“: Gedenkt der Senat, den Sachverhalt aufzuklären und auf die Deutsche Post dahingehend einzuwirken, dass die postalische Versorgung in Wannsee gewährleistet bleibt?

Zu 1.-6.: Auf Grund des Sachzusammenhangs werden die Fragen 1 bis 6 gemeinsam beantwortet:

Dem Senat liegen keine eigenen Informationen und Daten zu diesen Fragestellungen vor.

Auf Nachfrage hat die Deutsche Post AG folgende Antworten und Informationen übermittelt: Es handelt sich hier um das Postbank-Finanzcenter in der Königstr. 56-57 in 14109 Berlin-Wannsee. In den Fällen, in denen die Postbank beabsichtigt, einen ihrer Filialstandorte aufzugeben, werden die jeweiligen (Bezirks-) Bürgermeisterinnen und Bürgermeister vorab hierüber informiert. Mit E-Mail vom 28. Oktober 2021 wurde daher die damalige Bezirksbürgermeisterin, Frau Richter-Kotowski, angeschrieben, da die Postbank die Deutsche Post AG darüber in Kenntnis gesetzt hatte, dass sie dieses Postbank-Finanzcenter voraussichtlich im Herbst 2022 schließen wird. Die Postbank gehört bekanntlich seit einigen Jahren nicht mehr zum Konzern Deutsche Post DHL und entscheidet daher in eigener unternehmerischer Verantwortung über die Standorte ihrer Postbank-Finanzcenter, die Größe ihres Filialnetzes und somit auch über etwaige Filialschließungen. Die Deutsche Post AG beabsichtigt, als Ersatz für das Postbank-Finanzcenter, hier eine Partner-Filiale zu eröffnen. Der voraussichtliche Schließungstermin für das Postbank-Finanzcenter hat sich mittlerweile auf das 2. Quartal 2023 verschoben. Die Deutsche Post AG ist zuversichtlich, dass sie zu diesem Zeitpunkt eine gute Lösung anbieten kann, um die Bürgerinnen und Bürger in Wannsee auch künftig komfortabel mit den stationären Dienstleistungen der Deutschen Post versorgen zu können.

Auf Nachfrage hat das Bezirksamt Steglitz- Zehlendorf mitgeteilt, dass die Deutsche Post den Bezirk von der Schließung informiert hat. Eine vorherige Kontaktaufnahme fand nicht statt.

Weitergehend und ergänzend ist darauf hinzuweisen, dass es für eine regulationsartige Abstimmung und Kommunikation zwischen der Deutschen Post AG und dem Land Berlin zu Postdienstleistungen keine Grundlage und Zuständigkeit gibt. Diese Aufgaben und das dazugehörige liegen in der Kompetenz und Zuständigkeit des Bundes:

Der entsprechende rechtliche Regelungsrahmen ist mit dem Postgesetz und der Post-Universal-Dienstleistungs-Verordnung sowie den entsprechenden regulatorischen Zuständigkeiten der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen auf Bundesebene verankert.

Auf Nachfrage hin bezogen auf diesen Einzelfall wurde von Seiten der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen kein Interventions- oder Regulierungs- Bedarf zurückgemeldet.

Der entsprechende rechtliche Regelungsrahmen ist mit dem Postgesetz und der Post-Universal-Dienstleistungs-Verordnung sowie den entsprechenden regulatorischen Zuständigkeiten der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen auf Bundesebene verankert.

Weiterführende Informationen der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen zu Themenstellung können unter folgenden Link eingesehen werden:

<https://www.bundesnetzagentur.de/DE/Vportal/Post/start.html>

Berlin, den 25. November 2022

In Vertretung

Tino Schopf

.....

Senatsverwaltung für Wirtschaft,  
Energie und Betriebe